

9/91

# Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost

Um Investitionen und Arbeitsplätze in den neuen Bundesländern nachhaltig zu fördern, hat die Bundesregierung am 8. März ein „Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost“ beschlossen. Es ist auf zwei Jahre angelegt und umfaßt ein zusätzliches finanzielles Gesamtvolumen von 24 Milliarden Mark, jeweils 12 Milliarden für 1991 und 1992.

Schwerpunkte dieses Programmes sind kommunale Investitionen, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Unterstützung privater Unternehmensinvestitionen, regionale Wirtschaftsförderung, Werfthilfen, Umweltschutzmaßnahmen, Wohnungs- und Städtebau sowie Investitionen in den Bereichen Verkehr und Hochschulen.

Bundeskanzler Helmut Kohl in einem Brief an die Ministerpräsidenten der neuen Bundesländer und an den Regierenden Bürgermeister von Berlin: Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie sich persönlich für die möglichst schnelle Umsetzung dieses Programmes einsetzen könnten. Die Bundesregierung ist bereit, hierfür Unterstützung und Hilfe zur Verfügung zu stellen.

## Beschluß der Bundesregierung vom 8. März im Wortlaut

Den vollen Wortlaut des „Gemeinschaftswerks Aufschwung Ost“ sowie dessen wichtigste Eckwerte finden Sie als Dokumentation im grünen Teil dieser Ausgabe.

### HEUTE AKTUELL

#### ● Finanzen

Bundshaushalt 1991: Programm zur Überwindung der Teilung. Aus der Rede des Bundesfinanzministers Theo Waigel. Seite 3

#### ● Steuern

Alfred Dregger: Wir müssen viele Aufgaben gleichzeitig erfüllen. Seite 13

#### ● Argumente

Steuererhöhungen: Sozial ausgewogen und konjunkturpolitisch vertretbar. Seite 15

#### ● Beschäftigung

Der Arbeitsmarkt bleibt weiter gespalten. Seite 20

#### ● Tierschutzbericht

Zahl der Tierversuche weit niedriger, als bisher angenommen. Seite 22

#### ● Sicherheit

Wenn Datenschutz zum Schutz von Mördern wird ... Seite 23

## Heidelberger Druck investiert eine Milliarde Mark in Brandenburg

Die Heidelberger Druckmaschinen AG, Heidelberg, wird in ihr neues ostdeutsches Werk Brandenburg eine Milliarde Mark investieren. Die gegenüber früheren Angaben verdoppelte Investitionssumme teilte das Unternehmen (am 26. 2.) nach einer Aufsichtsratsitzung mit. Der erste Spatenstich für das dritte deutsche Werk des Konzerns soll bei rechtzeitigem Vertragsabschluß mit der Stadt Brandenburg im Sommer dieses Jahres vorgenommen werden. Das neue Werk wird den Angaben zufolge im Norden Brandenburgs entstehen und bei Vollausbau 2000 Mitarbeiter beschäftigen.

## 34 Milliarden Mark für den Osten

Im Haushalt für 1991 der Bundesanstalt für Arbeit sind für Ostdeutschland Ausgaben von insgesamt 33 bis 34 Milliarden DM vorgesehen. Darauf hat jetzt der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, hingewiesen. Das sei fast die Hälfte des gesamten Haushaltsvolumens der Bundesanstalt. Mit insgesamt rund 71 Milliarden DM lägen diese Ausgaben um rund 30 Milliarden DM höher als in den vergangenen Jahren (allein) für Westdeutschland. Für die aktive Arbeitsmarktpolitik in Ostdeutschland seien für die berufliche Qualifizierung (Fortbildung, Umschulung, Einarbeitung) sowie allgemein für Arbeits-

## Nachrichten aus den neuen Ländern

beschaffung insgesamt rund zehn Milliarden DM bereitgestellt. Damit könnte fast eine Dreiviertelmillion Menschen gefördert werden.

## Shell saniert Straßen in Ostdeutschland

Für den Neubau und die Wiederherstellung von Straßen in Ostdeutschland hat die Shell Bautechnik GmbH, Hamburg, eine neue Tochtergesellschaft in Thüringen gegründet: Die Colas Rositz Bauchemie GmbH, Rositz/Kreis Altenburg, werde Bitumenemulsionen herstellen und Sanierungsarbeiten mit modernsten Geräten ausführen, teilte Shell mit. Es seien Investitionen in Millionenhöhe vorgesehen. Seit Mitte 1990 habe Shell in den neuen Bundesländern einige hundert Kilometer Straßen instand gesetzt.

## Ost-Gehälter holen auf

Die Tarifparteien in den neuen Ländern nähern die Löhne und Gehälter weiter dem Westniveau an. Nach dem Modell des Pilotbeschlusses in Mecklenburg-Vorpommern sollen nun auch die Metall-Arbeitnehmer in Sachsen und Sachsen-Anhalt bis zum 1. April 1994 West-Einkommen erreichen. In einem ersten Schritt steigen die Einkommen ab April auf 60 Prozent der West-Gehälter.

Die derzeit noch 220 000 Beschäftigten der chemischen Industrie im Osten will die IG Chemie in zwei bis drei Schritten auf West-Niveau bringen.

## Post übernimmt Auszahlung der Ost-Renten

Die Deutsche Bundespost wird ab April stufenweise die Zahlungen für die 3,5 Millionen Rentner in den neuen Ländern übernehmen. Damit leistet die Post im Auftrag der Sozialversicherungsträger monatlich insgesamt Rentenzahlungen in Höhe von 17,5 Milliarden Mark an etwa 20 Millionen Bürger. Des Weiteren soll das größte Sonderfernmeldernetz des ehemaligen SED-Regimes, das nun von der Bundeswehr betrieben wird, auch zivil genutzt werden. Telekom-Vorstandsmitglied Tenzer: Dadurch wird das öffentliche Telefonnetz im Beitrittsgebiet entlastet.

## Bürger der Ex-DDR sind optimistisch

Aus einer Untersuchung des Berliner Wissenschaftszentrums geht hervor, daß 61 Prozent der Bevölkerung in den fünf neuen Bundesländern optimistisch in die Zukunft blicken. Sie hoffen, daß sie in fünf Jahren zufriedener sein werden. Ein Viertel der Bundesbürger im Osten leidet unter Ängsten und Sorgen. Mit ihrem Haushaltseinkommen sind viermal so viele Befragte im Osten unzufriedener wie im Westen. Bei der Frage nach dem Lebensstandard sind es dreimal so viele.

# Bundshaushalt 1991: Programm zur Überwindung der Teilung

Der heute zur ersten Beratung vorliegende Entwurf des Bundshaushalts 1991 ist der Haushalt der Wiedervereinigung. Fast ein Viertel aller Ausgaben von über 400 Milliarden DM bezieht sich auf die am 3. Oktober 1990 neu hinzugekommenen Bundesländer. Umfang und Struktur dieses Haushaltsentwurfs sind Zeugnis der gewaltigen Herausforderungen, vor die wir seit dem Fall von Mauer und Stacheldraht im November 1989 gestellt sind.

Es geht jetzt darum, die Folgen von 45 Jahren katastrophaler sozialistischer Mißwirtschaft zu beseitigen. Zugleich müssen wir uns den gestiegenen internationalen Anforderungen an ein wiedervereinigtes Deutschland stellen. Dieses Zusammentreffen gewaltiger Aufgaben erfordert den Zusammenhalt aller Kräfte. Ohne die finanz- und haushaltspolitische Absicherung ist der Einigungsprozeß nicht gestaltbar.

## Preis der Einheit nicht verschwiegen

Die SPD unterstellt uns heute, wir hätten die Probleme im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung verharmlost und mögliche Belastungen den Bürgern verschwiegen.

Das Gegenteil läßt sich beweisen. Ich habe in einer Ansprache vor dem Zentralausschuß der Deutschen Landwirtschaft bereits am 14. Februar 1990 folgendes gesagt:

*„Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der DDR und dann die Wiedervereinigung haben ihren Preis.“*

*Wir dürfen den Menschen keinen Sand in die Augen streuen. Ebenso wie die Solidargemeinschaft der Bürger in der Bundesrepublik den Beitrag jedes einzelnen fordert, ist die Solidarität auch im wiedervereinigten Deutschland unverzichtbar.“*

Der Bundeskanzler und andere Mitglieder der Regierung haben ebenfalls darauf hingewiesen: Die Wiedervereinigung ist nicht zum Null-Tarif zu haben.

## Prognose der Investitionen in die Einheit unmöglich

Richtig ist aber auch: Niemand konnte im letzten Jahr — und niemand kann heute — die Gesamtinvestitionen für den

Aus der Rede des Bundesministers der Finanzen, Theo Waigel, anläßlich der Einbringung des Bundshaushalts 1991 und des Finanzplans 1990 bis 1994 im Deutschen Bundestag am 12. März 1991

vollen Anschluß der neuen Bundesländer an die Wirtschaftskraft des westlichen Teil Deutschlands beziffern.

Eine solche Prognose ist schon deshalb unmöglich, weil alle Deutschen, weil die Gewerkschaften, die Betriebe und alle übrigen gesellschaftlichen Gruppen gemeinsam darüber bestimmen, in welcher Form und in welcher Geschwindigkeit wir die wirtschaftliche und soziale Integration vollziehen. Der Umfang der privaten Investitionen, die Verteilung der

Ressourcen auf Konsum und Investitionen, die Tariflohnentwicklung, die Entwicklung in früheren sozialistischen Staaten sind Faktoren außerhalb des unmittelbaren Einflßbereichs der Politik.

Diese Faktoren sind für das Tempo des wirtschaftlichen Aufholprozesses mindestens ebenso wichtig wie staatliche Zahlungen und Förderinstrumente.

Wer behauptet, er habe schon immer alles richtig vorausgesehen, muß sich auch am Wahrheitsgehalt solcher Aussagen messen lassen, die inzwischen überprüfbar sind. Noch im September 1989 warnte der Kanzlerkandidat, Ministerpräsident Oskar Lafontaine, vor „unbedachten Wiedervereinigungsparolen“. In einem Interview mit dem „Spiegel“ vom Dezember 1989 konstruierte er einen unwirklichen Widerspruch zwischen Wiedervereinigung und europäischer Integration. Aus heutiger Sicht erscheinen solche Äußerungen als ahistorisch.

## Erblasten des Sozialismus

Oskar Lafontaine irrte auch, als er im letzten Jahr von der früheren DDR als einem „führenden Industrieland“ und „attraktiven Produktionsstandort“ sprach. Das Ausmaß der vom Sozialismus hinterlassenen Zerstörungen mußte aber selbst kühle Realisten und Skeptiker gegenüber der kommunistischen Propaganda überraschen.

Die Produktivität belief sich in der früheren DDR vor der Einführung der Marktwirtschaft auf lediglich ein Drittel des westdeutschen Niveaus. Produktions- und Beschäftigungsstruktur entsprachen in keiner Weise der nationalen und internationalen Nachfrage. Die Anlagen waren größtenteils veraltet, ganze Fabrik- ausstattungen stammten noch aus der Zeit vor 1945. Die einseitig auf Braunkohle ausgerichtete Energiewirtschaft

konnte ihre Produktionsleistung nur um den Preis gewaltiger Umweltschäden erbringen.

## Faktor „Zeit“ beachten

Wir diskutieren heute — gut fünf Monate nach dem 3. Oktober 1990 — über die finanzpolitische Bewältigung der Wiedervereinigungsaufgaben. Wer zu diesem Zeitpunkt eine umfassende Erfolgsbilanz erwartet, hat den Faktor „Zeit“ völlig ausgelassen. Dabei müßte gerade die Opposition aus eigener Erfahrung wissen, wie lange es dauern kann, vergleichsweise geringe Strukturbrüche ökonomisch zu überwinden. Nach den Ölpreiskrisen von 1973 und 1979 dauerte es jeweils zwei bis drei Jahre, bis der wirtschaftliche Erholungsprozeß langsam einsetzte.

Die Vereinigten Staaten, die siegreiche und wirtschaftlich intakte Weltmacht, brauchte nach 1945 eineinhalb Jahre, bis der wirtschaftliche Aufschwung wieder einsetzte.

Ein tiefgreifender Umstrukturierungsprozeß — wie es die Umstellung von der zentralen Planwirtschaft zur freiheitlichen Marktwirtschaft ist — erfordert von uns allen Geduld. Großinvestitionen lassen sich nicht von heute auf morgen verwirklichen. Und auch unser Mittelstand ist nicht in Jahren, sondern in Jahrzehnten gewachsen.

## Wiedervereinigung und internationale Verantwortung

Zusätzliche Anforderungen an das wiedervereinigte Deutschland sind nicht auf den nationalen Rahmen beschränkt. Mit der Aufhebung der Teilung ist Deutschland unmittelbar zum gleichberechtigten, souveränen Mitglied der Völkergemeinschaft geworden. Der Präsident der Vereinigten Staaten hat uns im letzten Jahr

Partnerschaft in der Führung angeboten. Aber das war keine schmeichelhafte Aussage zur Stärkung unseres nationalen Selbstbewußtseins. Die Welt erwartet von uns — als einer der größten Industriena-tionen — einen noch größeren Beitrag zur Lösung internationaler Aufgaben und Konflikte.

Wir waren auf diese zunehmenden Ver-pflichtungen eingestellt. Wir haben — unmittelbar im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung und der Ost-West-Entspannung — der Sowjetunion 15 Mil-liarden DM für den Truppenabzug bis 1994 zugesagt. Wir haben durch Bürg-schaften, Kredite und direkte finanzielle Unterstützung unseren Nachbarn im Osten auf dem Weg zu Marktwirtschaft und Demokratie beistand geleistet.

Allein in den Haushaltsjahren 1990/91 belaufen sich die Mittel für die Sowjet-union und die mittel- und südosteuro-päischen Staaten auf 8,6 Milliarden DM. Hinzu kamen dann die — zumindest in ihrer Höhe — nicht vorhersehbaren Bei-träge zur Finanzierung des UNO-Einsatzes am Golf.

## Haushaltsentlastungen an erster Stelle

Wir haben aber getan, was möglich war. Seit Beginn des Wiedervereinigungspro-zesses wurden Haushaltsentlastungen mit einem Gesamtvolumen von fast 50 Milli-arden DM beschlossen. 37 Milliarden DM hiervon entfallen auf den Entwurf des Bundeshaushalts 1991. Mehr als die Hälfte dieser 50 Milliarden DM sind Aus-gabekürzungen.

Wer noch mehr verlangt, soll sagen, wen er meint: Die Empfänger von sozialen Leistungen, die Wohngeld- oder BAföG-Bezieher? Die landwirtschaftlichen Fami-lienbetriebe? Die überfüllten Hochschu-len? Die Beschäftigten in strukturschwa-chen Gebieten?

Ein Großteil der vorgesehenen Einnah-meverbesserungen entfällt auf die Anhe-bung der Beiträge für die Arbeitslosen-versicherung. Wer im Zusammenhang mit dieser — und durch die Absenkung der Rentenversicherungsbeiträge noch gemil-derten — Beitragsanhebung polemisch vom „Abkassieren“ spricht, kennt das Wort „Solidarität“ nur von Parteitagsre-den. Die Arbeitslosenversicherung war immer eine Solidargemeinschaft der Beschäftigten und der Arbeitssuchenden. Auch die frühere, sozialdemokratisch geführte Bundesregierung hat bei steigen-der Arbeitslosigkeit mit Beitragsanheben-gen und Ausgabenkürzungen der Bundes-anstalt für Arbeit reagiert.

Neben den an erster Stelle stehenden Ausgabenbeschränkungen ist ein vor-übergehender Anstieg der Kreditfinanzie-rung richtig und ökonomisch sinnvoll. Es geht um Investitionen in die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes und um die Sicherung von Frieden, Freiheit und Demokratie. Nie zuvor in der deutschen Nachkriegsgeschichte sind Kredite sinn-voller eingesetzt worden als zur finanzpo-litischen Flankierung der Deutschen Ein-heit.

## Frage der Steuererhöhungen

Im letzten Jahr ist uns die Frage nach zusätzlich erforderlichen Steuererhöhun-gen gestellt worden. Nach ökonomischen Kriterien und finanzpolitischen Vorgaben muß die Reihenfolge der Finanzierungs-alternativen lauten:

- Ausgabenbeschränkung,
- Kreditaufnahme und erst dann
- Steuererhöhungen.

Ich habe das am 17. September 1990 bei einer Veranstaltung des Bayerischen Gastgewerbes wie folgt beschrieben:

**„Steuererhöhungen müssen das Letzte sein, wenn alle anderen Maß-**

### **nahmen ausgeschöpft sind, und dürfen nicht am Anfang stehen.“**

Vielleicht wird es in einigen Wochen oder Monaten wieder möglich sein, über steuerpolitische Entscheidungen so sachlich zu diskutieren, wie ich es im Herbst letzten Jahres versucht habe. Ich jedenfalls habe nichts von dem, was ich damals gesagt habe, zurückzunehmen.

Bemerkenswert ist nicht die Tatsache von Steuererhöhungen im Frühjahr 1991, sondern der Zeitraum, in dem wir ohne sie ausgekommen sind. Wir haben im letzten Jahr drei Nachtragshaushalte allein durch Einsparungen, wachstumsbedingte Steuermehreinnahmen und eine angemessene Ausweitung der Kreditaufnahme finanziert. Weder nach dem ursprünglichen Regierungsentwurf des Bundeshaushaltes 1991 vom Juli letzten Jahres noch nach den Eckwertebeschlüssen vom November 1990 waren Steuererhöhungen erforderlich. Wir haben auch Milliarden-Beträge für Osteuropa ohne Steuererhöhungen bereitgestellt.

Noch Anfang Januar 1991, bei der Vorbereitung des Kabinetentwurfs, standen Steuererhöhungen nicht auf der Tagesordnung. Bis zum Ausbruch des Golfkriegs habe ich niemanden den Auftrag gegeben, Steuererhöhungsoptionen zu erarbeiten.

### **Zusätzliche Ausgaben nur noch über Steuererhöhungen zu decken**

Aber alles, was im Jahr 1991 dann noch an zusätzlichen Finanzierungsaufgaben auf uns zukam, konnte beim besten Willen nicht mehr ohne Steuererhöhungen gedeckt werden. Andere Länder, die wie Japan, nicht vor vergleichbaren nationalen Aufgaben stehen, gehen den gleichen Weg.

Wir hatten im letzten Jahr den Vereinig-

ten Staaten und anderen beteiligten Ländern bereits über fünf Milliarden DM zur Unterstützung im Golfkonflikt zugesagt. Nach Ausbruch der bewaffneten Auseinandersetzung haben wir in diesem Jahr noch einmal 11,3 Milliarden DM zur Verfügung gestellt.

Die Summe aus Golfhilfe und den Zahlungen an die osteuropäischen Staaten beläuft sich in diesem Jahr auf 17,7 Milliarden DM. Das entspricht genau den zusätzlichen Steuereinnahmen, die wir auf der Grundlage der jüngsten Beschlüsse 1991 erzielen werden. Hinzu kommen die kaum bezifferbaren Folgekosten aus dem Verfall des RGW-Handels.

Diese Rechnung wird nicht durch die Einbeziehung der Golfkosten in den Regierungsentwurf in Frage gestellt. Der Golfbeitrag, der von der zeitlichen Reihenfolge her zuerst haushaltswirksam wurde, hat den eigentlich für Wiedervereinigungsaufgaben vorgesehenen Spielraum vollständig belegt.

### **Begründung für länger wirkende Steuererhöhung**

Der Solidaritätszuschlag entfällt ab 1. Juli 1992. Die Anhebung der Verbrauchsteuern und eine später eventuell notwendig werdende Anpassung bei der Mehrwertsteuer sind auf Dauer angelegt. Damit wollen wir vor allem Vorsorge für die gestiegene internationale Verantwortung des wiedervereinigten Deutschlands schaffen. Es ist unser unmittelbares, ökonomisches und politisches Interesse, Forderungen im Prozeß des marktwirtschaftlichen Wandels bei unseren östlichen Nachbarn zu begrenzen und so Absatzmärkte zu erhalten. In Europa kann es nur dauerhafte Stabilität und Prosperität geben, wenn die Gefahr gewaltiger Flüchtlingsströme und politischer Unruhen gebannt wird. Der mittelfristige steu-

erliche Beitrag kommt deshalb unseren Bürgern als Friedensinitiative zugute. Eine dauerhafte Zusatzaufgabe ist auch die Verbesserung der lange Zeit unterbrochenen oder vernachlässigten Ost-West-Verkehrsverbindungen in Deutschland. Nachdem die Autobahngebühr keine Zustimmung gefunden hat, ist ein höheres Mineralölsteueraufkommen hierfür das geeignete Finanzierungsinstrument.

### **SPD-Kritik ist Pflichtübung**

Die Kritik der SPD an unseren steuerpolitischen Beschlüssen ist eine reine Pflichtübung. Was wir vereinbart haben, bleibt in vielen Bereichen hinter früheren Parteitagebeschlüssen der SPD zurück. Die SPD wollte den Benzinpreis nicht um 25 Pfennig, sondern um 50 bis 60 Pfennig verteuern. Sie will eine Ergänzungsabgabe von 15 Prozent.

Die SPD hat in ihren Oppositionsjahren über 40 Steuererhöhungsvorschläge auf den Tisch gelegt. In ihrer Regierungszeit wurden die indirekten Steuern um insgesamt 25 Milliarden DM erhöht. Im Verhältnis zum heutigen Bruttosozialprodukt entspräche das einer Steuererhöhung von nahezu 60 Milliarden DM jährlich.

Der Unterschied zu heute: Damals ging es um die Finanzierung sozialistischer Experimente. Heute dagegen setzen wir die Mittel ein, um Frieden und Freiheit national und international zu unterstützen.

### **Wachstums- und Verteilungsaspekte der Steuerbeschlüsse**

Unsere steuerpolitischen Vereinbarungen sind sozial ausgewogen. Sie stellen Wachstum, Stabilität und Beschäftigung nicht in Frage.

Durch die beiden wichtigsten Elemente — Verbrauchsteuererhöhung und Solida-

ritätzuschlag zur Lohn-, Einkommen- und Körperschaftssteuer — werden alle Bevölkerungsgruppen angemessen beteiligt; der Solidaritätzuschlag belastet höhere Einkommen am stärksten. Der Durchschnittslohn in den neuen Bundesländern wird demgegenüber durch diese Abgabe nicht berührt. Berücksichtigt man die durchschnittliche Einkommensentwicklung, bleibt den meisten Steuerzahlern trotz der Steuererhöhungen ein spürbarer Einkommenszuwachs.

Unbestritten bergen Steuererhöhungen immer konjunkturelle Risiken. Das war für uns der entscheidende Grund, solange wie möglich auf eine solche Maßnahme zu verzichten. Die getroffenen Entscheidungen sind aber vor dem Hintergrund der erheblichen expansiven Impulse zu sehen, die sich aus der bisherigen Finanzierung der Wiedervereinigungsaufgaben ergeben.

Die Einhaltung der in den Eckwertebeschlüssen festgelegten Obergrenze für die Kreditaufnahme von 70 Milliarden DM hat schon jetzt erkennbar zur Beruhigung an den Finanzmärkten beigetragen. Die Kapitalmarktzinsen sind in den letzten Wochen deutlich — um 0,5 Prozentpunkte — zurückgegangen. Damit verbessern sich insbesondere die Finanzierungsbedingungen für Investoren und Bauherren.

### **Steuererhöhung und internationales Vertrauen in die deutsche Finanzpolitik**

Wer unsere steuerpolitischen Beschlüsse kritisiert, ist gut beraten, auch einmal über den nationalen Tellerrand zu sehen. Unsere internationalen Partner analysieren ganz genau, welche Konsequenzen die deutsche Wiedervereinigung für das eigene Wachstum und die eigene Beschäftigungssituation haben. Bei jeder Tagung von IWF, G 7 oder Ecofin-Mini-

sterrat müssen wir uns als Vertreter Deutschlands den internationalen Bewertungen stellen.

Wir können international dank unserer erfolgreichen Wirtschafts- und Finanzpolitik auf folgende Fakten verweisen:

- Der Wachstumsprozeß in Deutschland hat die Exportbedingungen bei unseren Handelspartnern wesentlich verbessert. Der Export der EG-Länder in die Bundesrepublik hat um jeweils zweistellige Prozentsätze — im Fall Spaniens sogar um über 30 Prozent — zugenommen.

- Das wiedervereinigte Deutschland, insbesondere die neuen Bundesländer, bietet gute Investitionschancen in einen neu entstehenden Markt.

- Vom wiedervereinigten Deutschland geht kein Inflationsschub aus. Die Preissteigerungsrate hat sich seit Beginn des Vereinigungsprozesses kaum verändert. Die nicht zuletzt auch durch die steuerpolitischen Beschlüsse gesicherte Stabilität trägt ebenfalls zur Beruhigung an den Kapitalmärkten bei.

## Wiedervereinigung auf fester wirtschaftlicher Grundlage

Deutschland bleibt auch in den kommenden Monaten ein wichtiger Faktor der Stabilität angesichts einer sich insgesamt abschwächenden Weltkonjunktur. Wir haben zur Zeit nach Japan das zweitstärkste Wachstum unter den sieben größten Industrienationen. Wir halten auch den zweiten Platz bei der Industrieproduktion. Die Arbeitslosigkeit ist nur in Japan geringer. Allein im letzten Jahr konnten wir einen Beschäftigungszuwachs von 800.000 verzeichnen. Eine vergleichbare Dynamik am Arbeitsmarkt hat es nur in den ersten Jahren des Wiederaufbaus gegeben.

Auf der Grundlage einer starken und weiterhin kräftig expandierenden Volkswirt-

schaft können wir den neuen Bundesländern und unseren dort lebenden Mitbürgern geben, was notwendig und sinnvoll ist. In den nächsten vier Jahren können Bürger, Unternehmer und öffentliche Haushalte im Beitrittsgebiet mit staatlichen Leistungen in einem Umfang von mehreren hundert Milliarden DM rechnen.

- Im Interesse eines raschen wirtschaftlichen Aufschwungs wurden bereits zahlreiche Investitions-, Existenzgründungs- und Industrieansiedlungsprogramme mit einem Gesamtvolumen von 65 Milliarden DM aufgelegt.

- Der Fonds Deutsche Einheit sichert die Grundfinanzierung der Länderhaushalte in den nächsten Jahren.

- Die Deutsche Bundespost wird in den kommenden Jahren insgesamt 55 Milliarden DM investieren.

- Durch das heute ebenfalls zur Beratung anstehende Steueränderungsgesetz 1991 führen wir neben der bereits bestehenden Investitionszulage eine Sonderabschreibung für Investitionen im Beitrittsgebiet in Höhe von 50 Prozent ein. Auf die Erhebung der Vermögenssteuer und der Gewerbesteuer soll ab 1. Januar 1991 verzichtet werden.

## Wir haben uns nicht zur Hilfe drängen lassen

Die volle Solidarität mit den Deutschen in der früheren DDR ist für uns nicht erst seit dem 9. November 1989 oder dem 3. Oktober 1990 eine Selbstverständlichkeit und nationale Verpflichtung. Uns geht es um die Menschen. Wo wir mit Geld helfen konnten, haben wir es bereitgestellt. Wo es um persönlichen Einsatz und um Argumente ging, haben wir uns mit ganzer Kraft engagiert. Wir haben mit den Kirchen, den Verbänden, mit Ländern und Gemeinden zusammengearbei-



tet, um das Los der 45 Jahre lang unterdrückten Menschen so schnell wie möglich zu verbessern.

Auf unser Drängen hin haben die Länder in der vorletzten Woche endlich einer vollen Beteiligung des Beitrittsgebiets am Umsatzsteueraufkommen zugestimmt. Damit können die neuen Bundesländer — trotz deutlich geringerer Wirtschaftskraft — je Einwohner ebensoviel ausgeben wie die alten Bundesländer. Die Gemeinden erhalten künftig doppelt so hohe Finanzzuweisungen wie die Gemeinden im Westen.

## Gemeinschaftswerk „Aufschwung Ost“

In der letzten Woche hat das Bundeskabinett zusätzlich das Gemeinschaftswerk „Aufschwung Ost“ beschlossen. Wir wollen den wirtschaftlichen Aufholprozeß noch stärker beschleunigen. Zugleich soll die Zeit bis zur Entstehung neuer Arbeitsplätze durch eine Beschäftigungsbrücke überwunden werden.

Insgesamt hat das Gemeinschaftswerk in den Jahren 1991/92 ein Programmvolumen von 24 Milliarden DM. Die wichtigsten Elemente sind:

- Förderung der kommunalen Investitionen durch eine einmalige Investitions- pauschale des Bundes in Höhe von fünf Milliarden DM. Die Investitionen sollen der Instandsetzung von Gebäuden, insbesondere von Schulen, Krankenhäusern und Altenheimen dienen.
- Für zusätzliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen werden 1991 2,5 Milliarden DM und 1992 3 Milliarden DM bereitgestellt. Damit sollen zu den bislang vorgesehenen 130.000 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Jahr 1991 zusätzlich 150.000 Förderungen erreicht werden.
- Die Verkehrsverhältnisse sollen als Voraussetzung für private Investitionen

entscheidend verbessert werden. Für die Ost-West-Straßenverbindungen, Investitionen der Deutschen Reichsbahn und für die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden stehen in den Jahren 1991/92 zusätzlich 5,6 Milliarden DM zur Verfügung.

● 2,2 Milliarden DM haben wir für die Verbesserung des Wohnungsbestands, für die Privatisierung von Wohneigentum und für die Städtebauförderung vorgesehen.

Weitere Programmpunkte betreffen die regionale Wirtschaftsförderung, die Werfthilfen Ost, Verbesserungen im Umweltschutz und die Bestandssicherung von Hochschulen. Schließlich haben wir eine weitere Verbesserung bei der bereits früher vereinbarten Investitionszulage beschlossen. Die Zulage wird um ein halbes Jahr verlängert und kann künftig kumulativ zur Sonderabschreibung in Anspruch genommen werden.

## Alle Fördermöglichkeiten sind jetzt ausgeschöpft

Was jetzt und früher an Förderung beschlossen wurde, ist insgesamt ein Optimalprogramm. Das haben mir auch die Finanzminister der ostdeutschen Bundesländer in einem sehr konstruktiven Gespräch am Mittwoch letzter Woche bestätigt.

Eine noch weitergehende Aufstockung der gezielten Wirtschaftsförderung und der staatlichen Infrastrukturinvestition ist weder sinnvoll noch möglich. Eine endlose Fortsetzung der Förderdiskussion wäre für den Bereich der privaten Investitionen sogar schädlich, weil die Investitionen in der Hoffnung auf weitere Verbesserungen ihre Vorhaben zurückstellen würden.

Der Liquiditätseffekt der Investitionsförderung beläuft sich, wenn man alle

Instrumente zusammenfaßt, im ersten Jahr auf rund 50 Prozent der Anschaffungskosten. Ein noch höherer Prozentsatz würde das für den marktwirtschaftlichen Regulierungsprozeß unverzichtbare Eigenrisiko der Investoren zu stark beeinträchtigen.

## Künftige Arbeit der Treuhandanstalt

Alle notwendigen und richtigen Maßnahmen zur gezielten Investitions- und Wirtschaftsförderung können nur greifen, wenn die Treuhandanstalt ihre Privatisierungsaufgabe wirksam und mit breiter Unterstützung der Öffentlichkeit bewältigen kann. Die Umwandlung der ehemaligen Staatswirtschaft in eine dezentrale Wettbewerbswirtschaft steht und fällt mit der Privatisierungsaufgabe. Rund 90 Prozent der Betriebe gehören zum Treuhandbereich. 80 Prozent der Arbeitsplätze befinden sich in diesen Betrieben.

Ich habe in der Aussprache der vorletzten Woche schon darauf hingewiesen: Die Arbeit der Treuhandanstalt kann sich mit 700 Veräußerungen durchaus sehen lassen. Wir sollten diese erfolgreiche Arbeit nicht durch Kompetenzgerangel stören.

Entgegen mancher Kritik — unter anderem des Kollegen Roth — ist die Arbeit der Treuhandanstalt nicht gegen die Interessen der Beschäftigten gerichtet. Ich persönlich habe die Arbeit der Treuhandanstalt zu keinem Zeitpunkt als kaltes Finanzmanagement verstanden.

## Haushaltsdaten von der Wiedervereinigung bestimmt

Der vorliegende Bundeshaushalt 1991 steht im Zeichen der Deutschen Einheit. Die Daten und Fakten des Haushaltsentwurfs 1991 sind nur richtig zu bewerten, wenn man die außergewöhnliche Situa-

tion des wiedervereinigten Deutschlands im Blickfeld behält.

Im letzten Jahr vor der Wiedervereinigung, 1989, betrug das Haushaltsvolumen des Bundes noch knapp 300 Milliarden DM. Durch drei Nachtragshaushalte stiegen die Gesamtausgaben im letzten Jahr auf 380 Milliarden DM. In diesem Jahr sind es einschließlich der Maßnahmen für die neuen Bundesländer im Rahmen des Gemeinschaftswerks 411 Milliarden DM.

Dem stehen Steuereinnahmen von 293,9 Milliarden DM gegenüber. Hinzu kommen die zuletzt beschlossenen Steuererhöhungen von rund 17 Milliarden DM. Der verbleibende Finanzierungsbedarf wird durch die sonstigen Einnahmen und eine Nettokreditaufnahme von knapp 70 Milliarden DM gedeckt. Damit haben wir die in den Eckwertebeschlüssen festgelegte Obergrenze für Kreditaufnahme eingehalten.

## Mittelfristig wieder Rückführung des Staatsanteils

Auch wenn wir die Ihnen vorliegende Finanzplanung bis 1994 an die nochmals gestiegenen Anforderungen anpassen, bleibt der durchschnittliche Ausgabenanstieg in den kommenden Jahren deutlich unter dem erwarteten Zuwachs des Bruttosozialprodukts. Die Aufgabe der Konsolidierung, der erneuten Begrenzung des Staatsanteils steht auch im wiedervereinigten Deutschland auf der Tagesordnung.

Schwerpunkte der Haushaltsentlastung im Haushaltsentwurf 1991 und im neuen Finanzplan sind:

- Kürzungen bei den Verteidigungsausgaben um 7,6 Milliarden DM
- Begrenzung des Bundeszuschusses an die Bundesanstalt für Arbeit durch eine vorübergehende Anhebung der Bei-

träge und Minderausgaben: 20,8 Milliarden DM

- Umlenkungen von Investitionen in einer Größenordnung von 2 Milliarden DM.

Darüber hinaus sind Kürzungen in zahlreichen Einzelpositionen vorgesehen.

## Subventionsabbau

Verstärkt ab 1992 wollen wir eine weitere Haushaltsentlastung durch spürbaren Subventionsabbau verwirklichen. In den jüngsten Beschlüssen zur Steuerpolitik haben wir das Subventionsabbauziel noch einmal von sechs auf jetzt zehn Milliarden DM angehoben. Berücksichtigt man darüber hinaus den Abbau der Berlin- und Zonenrandförderung und die vorgesehene Gegenfinanzierung zur ersten Stufe der Unternehmenssteuerreform — Abbau von Abschreibungsvergünstigungen in einem Volumen von 8 Milliarden DM — sowie die bereits verwirklichte Bereinigung im Steuerreformgesetz 1990 ergibt sich im Gesamtzeitraum 1990 bis 1994 ein Subventionsabbauvolumen von über 40 Milliarden DM. Das ist weitaus mehr, als in irgendeiner Periode der Nachkriegszeit verwirklicht wurde.

## Berlin- und Zonenrandförderung

Beim Abbau der Berlin- und Zonenrandförderung haben wir nach meiner Einschätzung einen fairen Ausgleich der unterschiedlichen Interessen gefunden. Wir halten am Ziel eines zügigen Abbaus der teilungsbedingten Kosten fest. Aber es wird keinen bruchartigen Entzug der Förderinstrumente geben. Dort, wo Gebiete auch nach Aufhebung der Teilung weiterhin durch Grenzen benachteiligt sind — das gilt in erster Linie für den Grenzraum zur Tschechoslowakei — bleibt die Gemeinschaftsaufgabe „Ver-

besserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ erhalten. Berlin wird insgesamt in die neuen, steuerlichen Förderinstrumente — Investitionszulage und Sonderabschreibungen — einbezogen.

Ich glaube im übrigen, die staatliche Förderung wird gerade in der neu erwachten Metropole und Hauptstadt Berlin bald keine große Rolle mehr spielen. Jedenfalls fand sich am 15. Februar 1991 der Berliner Senator für Stadtentwicklung in der „Welt“ mit folgender Einschätzung: „Wir erleben einen beispiellosen Run der Investoren auf Berlin.“

## Agrarsozialpolitik

Zu nennen wäre die Ausgabensteigerung bei der Agrarsozialpolitik von rund 300 Millionen DM. Für die kommenden Jahre hat sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt, in diesem Bereich strukturelle Verbesserungen zu erreichen, das System finanziell zu stabilisieren und vor allem auch die soziale Absicherung der Bäuerinnen auszubauen.

## Kindergeld und Erziehungsgeld (Familienlastenausgleich)

Der Mehrbedarf beim Kindergeld und Erziehungsgeld ist zum Teil auf die Ausdehnung auf das Beitrittsgebiet, zum anderen auf die im letzten Jahr wirksam gewordene Erhöhung des Kindergeldes für das zweite Kind sowie auf die Verlängerung des Erziehungsgeldes in den letzten beiden Jahren zurückzuführen. In den Koalitionsvereinbarungen haben wir eine weitere Verlängerung des Erziehungsgeldes auf zwei Jahre ab 1993 vorgesehen.

In den kommenden Jahren steht der ganze Familienlastenausgleich vor grundlegenden Veränderungen. Wir wollen ab 1. Januar 1992 unser Ziel der völligen Freistellung der Kinderunterhaltskosten von der Besteuerung verwirklichen. Das

Kindergeld für das erste Kind wird um 20 DM erhöht, der Kinderfreibetrag wird auf rund 4.000 DM erhöht. Damit wird zugleich der Auftrag des Bundesverfassungsgerichts erfüllt.

## Hochschulbereich

Der Ansatz für die Hochschulsonderprogramme, vor allem zur Sicherung der Leistungsfähigkeit in besonders belasteten Fachrichtungen und zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses beanspruchen zusätzlich 238 Millionen DM. Weitere 100 Millionen DM entfallen auf die Studentenwohnraumförderung.

## Rückkehr zur haushaltspolitischen Normalität

Dieser Bundeshaushalt ist ein außergewöhnlicher Haushalt. Das zeigt sich auch am Datum der heute beginnenden Beratungen. Zum erstenmal seit 1983 konnte der Bundeshaushalt aufgrund des Wiedervereinigungstermins am 3. Oktober 1990 nicht vor Beginn des Haushaltsjahres verabschiedet werden.

Durch den späten Beratungstermin haben wir die Chance, alle absehbaren zusätzlichen Aufgaben im nationalen und internationalen Bereich in die Haushaltsplanung einzubeziehen. Wir werden für die zuletzt vereinbarten Maßnahmen keine Ergänzungsvorlage und keinen Nachtrag vorsehen. Die neuen Maßnahmen sollen vielmehr über die Berichterstatter im Haushalt umgesetzt werden. Dies ist der schnellste Weg, damit die zusätzlichen Instrumente zugunsten der neuen Bundesländer unmittelbar wirksam werden können.

## Wir sind den richtigen Weg gegangen

Wenn ich heute wieder als deutscher Finanzminister in der Situation des Jah-

reswechsels 1989/90 stände, würde ich keinen anderen Weg gehen, als den, den wir in der Bundesregierung — bei aller Differenzierung in Einzelfragen — gemeinsam gegangen sind.

Es wäre verhängnisvoll gewesen, wenn wir uns vor einem Jahr in der weltpolitischen Situation, in der einmaligen Chance zur Überwindung der Teilung geirrt hätten. In der Weltgeschichte hat es genug historische Irrtümer mit großer Tragweite gegeben. Wir können deshalb froh sein, die zunächst naheliegenden und von der Wissenschaft favorisierten Stufenpläne zur Seite gelegt zu haben.

Ich bin auch froh, schon sehr früh, im Herbst 1989, für die Deutsche Einheit eingetreten zu sein. Als andere über dieses Thema nur flüsternd hinter vorgehaltener Hand sprechen mochten, habe ich im September 1989 deutlich gesagt: Die deutsche Frage steht auf der Tagesordnung der Weltpolitik.

Schon in wenigen Jahren wird niemand mehr über die uns heute so dringlich beschäftigenden Finanzierungs- und Steuerfragen sprechen. Aber unsere Entscheidung in der historischen Sekunde, in der die Deutsche Einheit möglich war, zu handeln und zuzugreifen, wird Bestand haben. Der politische Wille, erkennbare Haushaltsrisiken und Belastungen in Kauf zu nehmen und für die Menschen das Beste zu erreichen, war und bleibt richtig und wird am Ende überzeugen.

## Alle Deutschen aufgerufen

**Die Bundesregierung legt mit diesem Bundeshaushalt ihr Programm zur Überwindung der Teilung vor. Alle Deutschen in Ost und West, in Nord und Süd sind aufgerufen, sich ebenfalls für die nationale Aufgabe der Einheit einzusetzen.**

# Alfred Dregger: Wir müssen viele Aufgaben gleichzeitig erfüllen

Zu aktuellen innen- und außenpolitischen Fragen im Zusammenhang mit dem Steuerpaket schreibt der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, in der „EBlinger Zeitung“ vom 8. März 1991:

Aus der Sicht des steuerzahlenden Bürgers und Betriebes ist jede Steuererhöhung zunächst einmal ärgerlich — das gilt auch für das jüngst von der Bundesregierung beschlossene Steuerpaket. So verständlich das ist: diese Steuererhöhungen waren notwendig und richtig.

Deutschland muß gegenwärtig so viele Aufgaben gleichzeitig erfüllen wie kein anderer Staat auf der Welt.

**1** Wir müssen die fünf neuen Länder und Ostberlin wirtschaftlich sanieren und gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Deutschland schaffen. Das ist eine Mammutaufgabe, bei der wir Pionierarbeit leisten müssen, denn es gibt für sie in der Geschichte kein Beispiel.

**2** Wir müssen den Ländern Ost- und Ostmitteleuropas auf ihrem Weg in die Marktwirtschaft helfen — vor allem durch Ausbildung ihrer Manager und durch Übertragung von „know how“. Die Polen, die Ungarn, die Tschechen und die Slowaken fühlen sich als Mitteleuropäer. Nachdem das Wirtschaftssystem des gesamten Ostblocks zusammengebrochen und der Warschauer Pakt aufgelöst ist, setzen sie gerade auf uns Deutsche große Hoffnungen. Sie abzuweisen wäre ein schwerer Fehler, denn wenn diese Länder auf Dauer wirtschaftliches Notstandsgebiet bleiben, wird das auch unser Wirtschafts- und Sozialsystem beein-

trächtigen. Wir können diese Hilfe auch nicht auf später verschieben. Sie muß jetzt erbracht werden — in einer Zeit, wo diese Länder, die sich vom Kommunismus befreit haben, sich uns Deutschen zuwenden.

**3** Wir müssen das Verhältnis zur Sowjetunion pflegen und die Reformkräfte dort unterstützen. Rußland wird — in welcher Gestalt auch immer — europäische Großmacht bleiben. Uns ist an einer friedlichen inneren Entwicklung dieser Großmacht gelegen. Dazu müssen wir durch technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit beitragen. Die Sowjetunion weiß: Ohne Zusammenarbeit mit dem Westen und vor allem mit Deutschland kann sie die katastrophale Versor-

Alfred Dregger erklärt, warum die von der Bundesregierung beschlossenen Steuererhöhungen notwendig waren.

gungslage nicht bessern und die leeren Regale nicht füllen. Dazu kommt: Die Sowjetunion hat auf dem Gebiet der früheren DDR 380.000 Soldaten stationiert, die bis 1994 abgezogen werden sollen. Die Aufnahme der rückkehrenden Soldaten macht der Sowjetunion und ihrer schwachen Wirtschaft große Probleme. Um den Abzug zu erleichtern und zu beschleunigen, zahlen wir 13 Milliarden Mark. Das ist viel Geld, aber immer noch die billigste Art, diese Soldaten los zu werden. Zu Nachforderungen seitens der Sowjetunion darf es allerdings nicht kommen.

**4** Im Golfkrieg war unsere Solidarität mit unseren Verbündeten gefordert. Wir haben sie nicht mit Soldaten, aber durch Sachlieferungen und finanzielle Leistungen in Höhe von 19 Milliarden Mark erbringen können. Wir Deutschen sind nach den Russen das größte Volk in Europa, wir sind die stärkste Wirtschaftsmacht Europas und haben 40 Jahre lang die Unterstützung des Bündnisses genossen, ohne die wir z. B. die Berlin-Krise nicht überstanden hätten.

Was wir geleistet haben ist viel, aber es ist auch das, was die Welt von Deutschland, dessen Verantwortung gestiegen ist, erwarten konnte. Wir werden uns auch dem Wirtschaftsaufbau des Nahen Ostens nicht verweigern, um dort eine dauerhafte Friedensordnung zu schaffen. Aber wir dürfen uns auch nicht überfordern und nicht verzetteln. In erster Linie wird dieser Wiederaufbau Sache der reichen Länder in der Golfregion sein müssen.

**Fazit:** Wir stehen vor einer Vielzahl von Aufgaben, die über die normalen Staatsaufgaben weit hinausgehen und teilweise vor kurzem noch nicht vorhersehbar waren. Die daraus entstehende finanzielle Mehrbelastung war durch Einsparungen und Subventionsabbau allein nicht gutzumachen. Wir standen daher vor der Entscheidung, entweder die Staatsverschuldung noch mehr auszuweiten oder aber die Steuern maßvoll zu erhöhen.

Wir haben uns für das letztere entschieden und zwar mit guten Grund. Es muß bei der für 1991 festgelegten Verschuldungsgrenze des Bundes von 70 Milliarden Mark bleiben, damit unsere Währung stabil bleibt, die Zinsen nicht höher gehen und damit auch in Zukunft genügend finanzieller Spielraum da ist, um wichtige politische Aufgaben anzugehen.

## Minensuchboote im Golf

# Deutscher Beitrag zur Wiederherstellung des Friedens

**Die Bundesregierung entsendet auf Ersuchen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und in Befolgung eines Aufrufs des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen einen Verband von fünf Minenabwehrfahrzeugen und zwei Versorgungsschiffen der Marine zur Räumung von Seeminen in das Gebiet des Persischen Golfs.**

Seit dem Ende der Kampfhandlungen im Golfkrieg ist die Räumung der ca. 1.200 vom Irak im Gebiet des Persischen Golfs verlegten Minen vordringlich geworden. Sie ist Voraussetzung für die Wiederaufnahme der Handelsschiffahrt zu und zwischen den Anrainerstaaten des Golfs. Jede Hilfe für die internationale Zivilschiffahrt kommt auch dem Schutz deutscher Handelsschiffe und der zur Bekämpfung der Ölkatastrophe im Golf eingesetzten deutschen Spezialschiffe zugute.

## Sichere Seeverbindungswege für die Ölversorgung Europas

Mit dieser Form der humanitären Hilfe leistet die Bundesregierung einen Beitrag zur Wiederherstellung des Friedens am Golf. Sichere Seeverbindungswege am Golf sind unerläßliche Voraussetzung dafür, daß der Prozeß der wirtschaftlichen Gesundung der Region wieder in Gang kommt. Sie dienen zugleich der Ölversorgung Europas, wobei Deutschland rund 15 Prozent seiner Erdöleinfuhren über den Golf bezieht.

# Sozial ausgewogen und konjunkturpolitisch vertretbar

Zur Unterstützung Ihrer Argumentation in Gesprächen über das Thema „Steuererhöhungen“ hat die Bundesgeschäftsstelle im folgenden einen Text zusammengestellt, der im eigentlichen Sinne keine „Musterrede“, aber geeignet ist, auf Einwände, Widersprüche, falsche Behauptungen und Unsicherheiten bei Ihren Gesprächspartnern gezielt einzugehen:

Wer Steuern erhöht, konnte noch niemals mit Beifall rechnen. Das erwarten wir auch heute nicht. Wir verstehen, daß manche Menschen bei uns ärgerlich sind; wir hätten vielleicht im letzten Jahr deutlicher machen müssen, welche Risiken auf uns zukommen können.

Wir hatten gute Gründe, davon auszugehen, daß die deutsche Einheit ohne Steuererhöhungen finanziert werden kann. Dies bestätigten uns zum Beispiel die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute in ihrem letzten Herbstgutachten.

Wir wußten aber auch, daß es schwierig werden würde und daß unter Umständen aufgrund der internationalen Lage zusätzliche Belastungen entstehen könnten. Der Bundeskanzler hat dies mehrfach klipp und klar gesagt, so z. B. am 23. Oktober letzten Jahres im ZDF, als er von den „Unsicherheitsfaktoren“ im Nahen Osten und in Mittel- und Südosteuropa sprach.

Das ganze Ausmaß der Schwierigkeiten, vor denen wir heute stehen, war jedoch nicht vorauszusehen:

**Erstens:** Der Golf-Krieg.

Unser Land hat aus den bekannten verfassungsrechtlichen Gründen keine Soldaten an den Golf entsandt. Um so selbstverständlicher war es, für die Verteidigung von Recht und Freiheit gegen den irakischen Aggressor einen finanziellen Solidaritätsbeitrag zu leisten. Rund 17 Milliarden DM haben wir für diesen Zweck zur Verfügung gestellt.

**Zweitens:** Der RGW-Handel,

also der Handel unter den Ländern des früheren Ostblocks. Dieser Handel ist weitgehend zusammengebrochen. Das trifft gerade die neuen Bundesländer besonders hart, da sie in entscheidendem Maß auf diesen Handel angewiesen sind.

Die Bundesregierung hatte bereits vor der Bundestagswahl nicht mehr damit gerechnet, daß der Export in die RGW-Länder, der etwa 30 Milliarden DM im Jahr ausmachte, in voller Höhe aufrechterhalten werden kann. Sie hatte aber — wiederum in Übereinstimmung mit vielen Sachverständigen — wenigstens die Hälfte dieses Betrages für realistisch gehalten. Diese Annahme hat sich als Fehleinschätzung erwiesen.

Beide Faktoren, der Golf-Krieg und die dramatischen Ausfälle im RGW-Handel, haben zu zusätzlichen Aufwendungen in Höhe zweistelliger Milliarden-Beträge geführt — Beträge, die für die anderen Aufgaben des Bundes nicht mehr zur Verfügung stehen.

Vor diesem Hintergrund und angesichts der bereits vorgenommenen Einsparungen und Umschichtungen von rund 50 Milliarden Mark in den Jahren 1990 und 1991 standen wir vor der Alternative: entweder höhere Verschuldung oder höhere Steuern.

**Eine höhere Verschuldung kam für uns nicht in Frage. Neue Schulden hätten die Zinsen in die Höhe getrieben und die Stabilität der D-Mark ernsthaft gefährdet. Eine stabile D-Mark ist aber eine wesentliche Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg und zugleich eine der wichtigsten sozialen Errungenschaften der CDU-geführten Bundesregierung.**

Die Einnahmen des Bundes zu verbessern, war unvermeidlich. Wirtschaftlich sinnvoll war einzig und allein eine Erhöhung der Steuern.

Wenn die SPD angesichts dieser Zusammenhänge von einer „Steuerlüge“ spricht, betreibt sie Wählertäuschung. Ein bayerischer SPD-Abgeordneter hat die unredliche Argumentation seiner Partei auf den Punkt gebracht, als er sagte: „Wir halten die Entscheidung für nicht richtig, aber für erforderlich“ (FAZ, 8. März 1991).

Die SPD versucht, vom eigenen Versagen im Zusammenhang mit der deutschen Einheit und dem Golf-Krieg abzulenken. Wer jetzt die angeblich hellseherischen Gaben Lafontaines lobt, der Steuererhöhungen vorausgesagt hat, sollte sich klar machen, daß es der gleiche Lafontaine war, der noch Mitte letzten Jahres sagte, die DDR sei eine „führende Industriation“.

Lafontaine verfügte nicht über bessere Einsichten; sein Ziel war es nicht, die Ausgaben richtig zu schätzen. Lafontaine argumentierte mit Steuererhöhungen, um

Sozialneid zu schüren und um die deutsche Einheit mieszumachen. Denn er wollte diese Einheit doch nicht! Hätte er Erfolg gehabt, würden wir heute nicht über Steuererhöhungen von 46 Milliarden Mark, sondern von über 70 bis 100 Milliarden Mark sprechen, die jetzt notwendig wären, um die Kosten der fortbestehenden Teilung Deutschlands zu finanzieren. Ich erinnere nur daran, daß die SPD der Regierung Modrow 15 Milli-

## Argumente zum Thema „Steuererhöhungen“

arden DM schenken wollte — Geld, das damals nur in ein Faß ohne Boden geflossen wäre.

Der Vorwurf kommt im übrigen von der gleichen SPD, die in ihrer Regierungszeit die Mineralölsteuer viermal, die Kfz-Steuer einmal, die Schaumweinsteuer einmal, die Branntweinsteuer fünfmal, die Tabaksteuer dreimal und die Mehrwertsteuer zweimal angehoben hat. Die gleiche SPD hat in den letzten viereinhalb Jahren 48 verschiedene Steuer- und Abgabenerhöhungspläne vorgelegt. Alleine die Mineralölsteuer wollte sie um bis zu 50 Pfennig je Liter anheben. Die SPD als klassische Steuer-Erhöhungspartei sollte in dieser Situation besser schweigen.

**Bei der Frage, welche Steuern wie hoch erhöht werden, haben wir drei Ziele im Auge gehabt: Die Maßnahmen dürfen erstens die Konjunktur nicht abwürgen, sie dürfen zweitens niemandem unzumutbare Belastungen auferlegen, und sie müssen drittens sozial ausgewogen sein. Wir können heute sagen: alle drei Ziele sind erreicht.**



## Konjunkturpolitisch vertretbar

**Erstens:** Der Solidaritätszuschlag zur Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer von 7,5 Prozent auf die Steuer-schuld — nicht auf das Einkommen! — ist auf zwölf Monate befristet. Mit dieser Befristung ist für jedermann erkennbar, daß es sich um eine einmalige Zusatzbelastung handelt — also um eine Belastung, die die Leistungsbereitschaft des einzelnen und die Investitionsfähigkeit der Unternehmen nicht beeinträchtigt. Mittel- und langfristig können die Investoren wie bisher mit dem seit 1990 von uns stark abgesenkten Tarif rechnen. Das ist das beste Mittel für die Erhaltung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Dabei ist auch zu berücksichtigen, daß die Steuerbeschlüsse in eine Zeit fallen, in der sich die westdeutsche Wirtschaft in einer glänzenden Verfassung befindet: Wir verzeichnen den längsten und stabilsten Aufschwung seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Nie zuvor gab es mehr Arbeitsplätze, höhere Einkommen, einen breiteren Wohlstand und ein größeres Maß an sozialer Sicherheit.

**Die weiteren Aussichten sind gut: Die Experten rechnen für den Westen Deutschlands für 1991 mit einem Wirtschaftswachstum von real drei Prozent. Die Investitionen sollen um sieben bis acht Prozent steigen. Das entspricht etwa 550.000 bis 600.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen. Auch daran zeigt sich: Die deutsche Einheit ist das beste Konjunkturprogramm.**

Im Unterschied dazu würde eine Ergänzungsabgabe für sogenannte Besserverdienende, wie die SPD sie als Alternative zum Solidaritätszuschlag fordert, die gute Konjunktur gefährden. Denn um das

benötigte Mehraufkommen an Steuern zu erzielen, müßten mittlere und höhere Einkommen und damit gerade auch diejenigen, die jetzt in den neuen Bundesländern investieren sollen, um 15 Prozent zusätzlich belastet werden. Statt auf über 20 Millionen Schultern würde die Belastung auf nur 1,5 Millionen Schultern verteilt. Wer Facharbeitern, Handwerksmeistern, Selbständigen und anderen Unternehmern eine solche Mehrbelastung zumutet, nimmt in Kauf, daß der Konjunkturmotor abgewürgt wird. Die solideste aller Finanzierungsquellen, nämlich das Wirtschaftswachstum, würde dadurch verschüttet.

Der SPD-Vorschlag ist aber auch deshalb falsch, weil die deutsche Einheit eine Angelegenheit aller Deutschen ist, nicht nur eine von sogenannten Besserverdienenden. Alle sind zur Solidarität aufgerufen. Alle müssen ihren Beitrag leisten, der eine Investition in unsere gemeinsame Zukunft ist. Aber nicht alle werden in gleicher Weise herangezogen, sondern nur nach ihrer Leistungsfähigkeit. Auch das gehört zur Solidarität.

## Keine unzumutbaren Belastungen

Wir haben deshalb **zweitens** dafür gesorgt, daß niemandem unzumutbare Belastungen auferlegt werden. Dazu nur ein Beispiel: Der Durchschnittsverdiener im Westen Deutschlands mit einem monatlichen Bruttoeinkommen von 3.500 DM und zwei Kindern wird durch diese und andere Beschlüsse um insgesamt rund 84 DM pro Monat belastet.

In dieser Rechnung ist enthalten: der Solidaritätszuschlag, die höhere Steuer auf Benzin bzw. Diesel und Heizöl bzw. Erdgas, die höhere Versicherungssteuer, aber auch die höheren Sozialversicherungsbeiträge und Telefonkosten.

84 Mark pro Monat für den Durchschnittsverdiener, dies ist zumutbar. Denn folgende Dinge müssen berücksichtigt werden:

Zum einen die bisherigen Steuerentlastungen: Der Durchschnittsverdiener wurde allein durch die dritte Stufe der Steuerreform, die Anfang 1990 in Kraft trat, um rund 120 Mark pro Monat entlastet; gegenüber 1985 sogar um rund 205 Mark pro Monat.

Der Durchschnittsverdiener steht sich also auch nach den aktuellen Beschlüssen der Bundesregierung immer noch günstiger als 1989 und erst recht als 1985:

Gegenüber 1989 hat er ein Plus von rund 36 Mark, gegenüber 1985 sogar ein Plus von rund 121 Mark pro Monat.

**Zum anderen wird zum Januar 1992 der Familienlastenausgleich weiter verbessert: Das Kindergeld für das erste Kind steigt dann um 20 auf 70 Mark monatlich, der Kinderfreibetrag um rund 900 auf rund 3.900 Mark je Kind.**

Hinzu kommt, daß die Realeinkommen in den letzten fünf Jahren um über zehn Prozent gestiegen sind. Auch 1991 werden sie nach Einschätzung der Sachverständigen steigen.

Das heißt: Wenn man eine fünfprozentige Lohnerhöhung annimmt und die Verbesserung des Familienlastenausgleichs berücksichtigt, kommt man zu dem Ergebnis, daß der Durchschnittsverdiener im Westen Deutschlands Anfang des nächsten Jahres gegenüber heute trotz der zusätzlichen Belastungen immer noch einen deutlichen Einkommenszuwachs hat; er fällt nur etwas kleiner aus.

**Greifen wir einen Gesichtspunkt gesondert heraus:** Es ist unbestreitbar, daß die höhere Mineralölsteuer gerade Fernpendler im ländlichen Raum trifft, die auf ihr Auto angewiesen sind, weil viel-

leicht Busse und Bahnen fehlen oder seltener verkehren.

Wir machen aber darauf aufmerksam, daß gegenwärtig der Preis für ein Liter bleifreies Normalbenzin bei rund 1,10 Mark liegt. Das sind 23 Pfennig weniger als noch im September 1990, als der Literpreis noch rund 1,33 Mark betrug. Im Durchschnitt der Jahre 1980 bis 1985 lag der Preis für Normalbenzin bei etwa 1,34 Mark. Zeitweise waren Preise zwischen 1,40 Mark und 1,50 Mark keine Seltenheit. Auch aus diesen Gründen scheint jetzt Wehklagen nicht angebracht.

**Wir haben dennoch größten Wert auf eine soziale Komponente gelegt: Die Kilometerpauschale wird um 15 Pfennig auf 65 Pfennig erhöht.**

Wer beispielsweise täglich 20 Kilometer zwischen Wohnung und Arbeitsstätte zurücklegen muß, hat dafür durch die höhere Mineralölsteuer eine zusätzliche Belastung von rund 200 Mark im Jahr zu tragen. Um einen ähnlichen Betrag wird er jedoch durch die höhere Kilometerpauschale entlastet. Dabei ist ein persönlicher Steuersatz von 30 Prozent unterstellt und ein Verbrauch von neun Litern bleifreies Normalbenzin auf 100 Kilometer.

## Sozial ausgewogen

Die Beschlüsse der Koalition sind **drittens** auch aus einem anderen Grund sozial ausgewogen: Wer wenig verdient und deshalb wenig Lohn- oder Einkommensteuer zahlt, hat einen geringeren Solidaritätszuschlag zu leisten als der, der mehr verdient.

Auch dazu ein Beispiel: Während der Durchschnittsverdiener im Westen Deutschlands mit 3.500 Mark brutto und zwei Kindern insgesamt um rund 84 Mark pro Monat belastet wird, muß

ein Arbeitnehmer mit 6.000 Mark brutto rund 147 Mark pro Monat leisten. Wer dagegen bei zwei Kindern monatlich 1.600 Mark brutto hat, braucht keinen Solidaritätszuschlag zu leisten, da er keine Lohnsteuer bezahlt. Dies trifft auf den Durchschnittsverdiener im Osten Deutschlands zu.

## **Keine Steuergeschenke für Reiche**

In der aktuellen Diskussion geht es auch um die Frage der Fortsetzung der Steuerreform. Wir haben deutlich gemacht, daß dies spätestens ab 1995 geschehen soll. Denn für uns ist klar: Wenn der europäische Binnenmarkt 1993 kommt, wird der internationale Wettbewerb noch schärfer. Wir Deutschen haben jedoch gute Chancen — vorausgesetzt, der Wirtschaftsstandort Deutschland bleibt für Investitionen attraktiv. Nur dann können bestehende Arbeitsplätze gesichert und neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Dazu gehört ein investitionsfreundlicheres Steuersystem. Wir wollen hierzu bis Ende 1992 eine Entscheidung herbeiführen, damit die Unternehmen für spätere Investitionen Klarheit haben.

Die Notwendigkeit eines investitionsfreundlicheren Steuersystems hat sogar der künftige SPD-Vorsitzende Engholm erkannt. Er hat schon 1989 gefordert, die Unternehmensbesteuerung müsse „dringend abgesenkt werden“.

Um so unverständlicher ist jetzt der Vorwurf der SPD, die behauptet, mit dem Solidaritätszuschlag und der höheren Mineralölsteuer soll die geplante Abschaffung der Vermögensteuer und der Gewerbesteuer „für Spitzenverdiener und Großunternehmen“ bezahlt werden.

**Wieder einmal schürt die SPD Sozialneid und betreibt ein unehrli-**

**ches Spiel. Wieder einmal wird deutlich, daß sie von der Wirtschaft nichts versteht.**

Denn zum einen geht es nicht um „Steuergeschenke für Reiche“, sondern um Investitionen und vor allem um Arbeitsplätze. Diese Arbeitsplätze gehen verloren oder entstehen erst gar nicht in Deutschland, wenn z. B. Unternehmen in Großbritannien investieren, weil dort die Steuern niedriger sind.

Zum anderen kommt die Fortsetzung der Steuerreform den Arbeitnehmern auch unmittelbar zugute. Auch sie werden entlastet, unter anderem durch die Anhebung des Grundfreibetrages.

Die geplante Abschaffung der Vermögensteuer und der Gewerbesteuer ist ein erster Schritt, der durch den Abbau von steuerlichen Vergünstigungen der Unternehmen finanziert werden soll. Nicht die Arbeitnehmer bezahlen also die Abschaffung dieser Steuern, sondern die Unternehmen selbst.

Dies hat trotzdem einen ganz entscheidenden Vorteil: Vermögensteuer und Gewerbesteuer müssen nämlich auch dann von den Unternehmen gezahlt werden, wenn sie rote Zahlen schreiben. Das kann zur Existenzgefährdung führen und damit Arbeitsplätze vernichten. Es ist weitaus sinnvoller, die Unternehmen dann Steuern zahlen zu lassen, wenn sie Geld verdienen.

**Die Aufgabe, die innere Einheit Deutschlands zu vollenden, wird uns auch künftig noch vieles abfordern. Aber es geht hier um Chancen und Hoffnungen für die Menschen in Deutschland, in Ost und West, und auf der ganzen Welt. Wir Deutsche werden unseren Beitrag dazu leisten, damit der Aufbruch des Jahres 1990 zu einem guten Ende geführt wird.** ■

# Arbeitsmarkt bleibt weiter gespalten

Zu den neuesten Arbeitsmarktdaten hat der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Julius Louven, folgende Stellungnahme abgegeben:

Im Februar 1991 Fortsetzung der gespaltenen Arbeitsmarktentwicklung zwischen alten und neuen Bundesländern

Die lang anhaltende Frostperiode im Februar 1991 hat die Beschäftigungs- und Arbeitsmarktentwicklung spürbar beeinträchtigt, wobei

- ▶ in den alten Bundesländern die im Trend nach wie vor sehr positive konjunkturelle Entwicklung lediglich durch die ungünstige Witterung etwas gedämpft wurde,
- ▶ in den neuen Bundesländern die strukturellen Probleme durch die ungünstige Witterung zusätzlich verschärft wurden.

● **In alten Bundesländern hat gute Wirtschaftskonjunktur witterungsbedingte Belastungen von Beschäftigung und Arbeitsmarkt kompensiert.**

Die Arbeitslosenzahl in den alten Bundesländern ist im Februar 1991 gegenüber dem Vormonat trotz des starken und lang anhaltenden Frosteinbruchs zurückgegangen. Dies ist Ausdruck einer nach wie vor hervorragenden Wirtschaftskonjunktur mit einem erheblichen zusätzlichen Bedarf an Arbeitskräften. Ausdruck der stabilen Verfassung des Arbeitsmarktes ist auch die hohe Zahl der offenen Stellen.

● **In neuen Bundesländern anhaltende strukturbedingte Zunahme von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit**

In den neuen Bundesländern setzt sich

erwartungsgemäß der Prozeß des Abbaus der dem wirtschaftlichen Wettbewerb nicht Stand haltenden Arbeitsplätze fort. Da auch berufliche Fortbildungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nur allmählich ausgebaut werden, nehmen Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit zwangsläufig weiter zu.

**Weitere Beschäftigungs- und Arbeitsmarktentwicklungen gespalten**

● **In den alten Bundesländern** ist in den nächsten Monaten ein neuer Beschäftigungsboom zu erwarten, wobei in Nachwirkung der ungünstigen Witterungsverhältnisse im Februar die positive Entwicklung im März gedämpft sein kann. Die Arbeitslosigkeit dürfte konjunkturell und saisonbedingt weiter zurückgehen — im März noch verhalten, danach kräftig.

● **In den neuen Bundesländern** werden vorerst Beschäftigungsabbau, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit zunehmen. Die Schaffung neuer, zukunftssicherer Arbeitsplätze kann zunächst den Verlust alter Arbeitsplätze nicht ausgleichen. Deshalb sind der im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit bereits finanziell abgesicherte Ausbau der Qualifizierungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die von der Regierungskoalition festgelegten zusätzlichen Finanzhilfen an Länder und Gemeinden und die von der Bundesregierung beabsichtigten zusätzlichen Maßnahmen der Beschäftigungsförderung von großer Bedeutung.

In den nächsten Monaten muß die Umsetzung der produktiven Maßnahmen der Arbeitsförderung forciert werden; denn die bloße Absicherung Arbeitsloser über längere Zeiträume hinweg wäre für betroffene Menschen unbefriedigend und volkswirtschaftlich unsinnig.

## Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen dringend erforderlich

Im Hinblick auf die derzeitige Arbeitsmarktsituation in den neuen Bundesländern vertritt die CDU-Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern die Auffassung, daß private Investoren gegenwärtig nicht alleine in der Lage sind, ausreichend Arbeitsplätze zu schaffen.

Deshalb sind die vorgesehenen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen als Zwischenlösung dringend erforderlich. Die Landesgruppe spricht sich in diesem Zusammenhang für die Möglichkeit aus, daß Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mit einer Qualifizierung verbunden werden. Darüber hinaus soll auch für Arbeitnehmer, die sich auf Null-Stunden-Kurzarbeit befinden, die Möglichkeit einer beruflichen Weiterbildung geschaffen werden.

Bei der Durchführung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wirken sich zur

Zeit die Probleme hinsichtlich der Finanzierung der mit ihnen verbundenen Kosten für Sachleistungen hemmend aus. Deshalb begrüßt es die Landesgruppe, daß die Bundesregierung beabsichtigt, ein Gemeinschaftswerk für mehr Beschäftigung und Investitionen in den neuen Bundesländern mit einem Volumen von insgesamt zwölf Milliarden Mark im Jahre 1991 aufzulegen. Von dieser Summe sollen sieben Milliarden Mark für Investitionen im Zusammenhang mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen einschließlich der erforderlichen Sachkosten bereitgestellt werden.

**Paul Krüger**, Vorsitzender der CDU-Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern: Weiterhin sollte nach Ansicht der Landesgruppe den betroffenen Arbeitnehmern bei der Organisation und Durchführung der Arbeitsbeschaffungs- und Qualifikationsmaßnahmen durch die Arbeitsämter eine Mitwirkungsmöglichkeit eingeräumt werden. Dazu hat die Landesgruppe dem Bundesminister für Arbeit und Soziales, Norbert Blüm, den Vorschlag unterbreitet, in den Arbeitsämtern Vertrauensbevollmächtigte aus den Betrieben zu diesem Zweck einzusetzen.

## Sonderregelungen zum Wohngeld Ost

Im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes 1991 hat das Bundeskabinett besondere Wohngeldregelungen für die fünf neuen Länder beschlossen. Die Mieter in der ehemaligen DDR sollen damit für eine Übergangszeit von den steigenden Wohnkosten entlastet werden.

Bei der Wohngeldberechnung sollen — im Gegensatz zum alten Bundesgebiet — auch die Kosten für Heizung und Warmwasser bei der Berechnung

der wohngeldfähigen Miete berücksichtigt werden. Diese Regelung gilt bis zum 31. Dezember 1994 und tritt gleichzeitig mit der Umlage der sog. „warmen“ Betriebskosten auf die Miete in Kraft.

Daneben wird, befristet bis zum 31. Dezember 1995, ein gesonderter Einkommensfreibetrag bei der Wohngeldberechnung eingeführt. Er beträgt 1.200 Mark zuzüglich je 300 Mark für das zweite und jedes weitere Familienmitglied.

# Zahl der Tierversuche weit niedriger, als bisher angenommen

**Zum Tierschutzbericht 1991 der Bundesregierung erklärte der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Egon Susset:**

Der zweite Tierschutzbericht der Bundesregierung bietet in seiner Ausführlichkeit eine wertvolle Informationsbasis über die politischen Aktivitäten im Bereich des Tierschutzes. Gleichzeitig dient er als Kontrolle der Bundesregierung und bestätigt somit die Wichtigkeit der von uns bei der Novellierung des Tierschutzgesetzes 1986 erhobenen Forderung nach der Vorlage eines Tierschutzberichtes in zweijährigem Turnus.

Der Bericht macht die positiven Auswirkungen des Tierschutzgesetzes deutlich: Aufgrund der Versuchstiermeldeverordnung liegt jetzt eine umfassende Information über die Zahl der Versuchstiere und die Art der Versuche vor, was eine differenzierte Diskussion ermöglicht.

Es hat sich gezeigt, daß die Zahl der Tierversuche mit 2,64 Millionen Wirbeltieren erheblich niedriger liegt als die Zahlen, mit denen teilweise die Öffentlichkeit vor der Existenz dieser Datengrundlage informiert wurde; die niedrigeren Zahlen sind auch ein Ergebnis der strengen Vorschriften für Tierversuche.

Natürlich ist es heute notwendig, mit allem Nachdruck an Ersatzmethoden für den Tierversuch zu arbeiten. Mit der „Zentralstelle zur Erfassung und Bewertung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch“ (ZEBET) haben wir international ein einzigartiges Instrument, dessen weiteren Ausbau wir unterstützen. Gleichzeitig drängen wir darauf, daß das geplante europäische Zentrum für Alternativen zu Tierversuchen bei ZEBET angesiedelt wird.

Hervorzuheben ist auch die Verbesserung der Rechtsstellung des Tieres sowie die Einbeziehung der Gentechnik in das Tierschutzgesetz.

Diskussion über Tierschutz ist verständlicherweise mit Emotionen verbunden, Tierschutzpolitik aber muß sich immer auch an den Möglichkeiten der Durchsetz- und Durchführbarkeit orientieren. Hier sind wir gefordert, im Hinblick auf den kommenden Binnenmarkt unsere strengen Tierschutzvorschriften auch in den anderen EG-Ländern zur Geltung zu bringen. Entsprechend zum Umweltschutz sind im Tierschutz erst dann wesentliche Fortschritte erreichbar, wenn das Tierschutz-Bewußtsein EG-weit vorhanden und in Gesetze umgesetzt ist, die dann wirksam überprüft werden müssen.

## Coudenhove-Preis für Helmut Kohl

Für seine „überragenden Leistungen in der Europapolitik und für die erfolgreiche deutsche Vereinigung“ soll Bundeskanzler Helmut Kohl mit dem Coudenhove-Kalergie-Preis ausgezeichnet werden. Der Preis, der nach dem Gründer der Paneuropa-Bewegung benannt ist, wird Ende April in Bonn vom Präsidenten der Paneuropa-Union, Otto von Habsburg, und dem Präsidenten der Coudenhove-Kalergie-Stiftung, Gerhard Bauer, verliehen.

## Wenn Datenschutz zum Schutz von Mördern wird . . .

Zur Panorama-Sendung „Stasi-Ermittler müssen schweigen — Kriminelle werden geschützt“ erklärte der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Geis:

In der Panorama-Sendung vom 5. März 1991 kam ein Vertreter der Behörde zu Wort, von der die ehemaligen Stasi-Akten verwaltet werden. Mit sparsam-korrektor Beamtenmiene teilte er der verblüfften Fernseh-Nation mit, daß er und seine Mitarbeiter Hinweise auf einen Mord und andere Straftaten hätten, diese Erkenntnisse aber nicht an die Strafverfolgungsbehörden weiterleiten dürften, weil der Einigungsvertrag dies verbiete. Daß eine solch absurde Auslegung des Einigungsvertrages in aller Öffentlichkeit

vertreten wird, macht auf erschreckende Weise deutlich, wie sehr die Diskussion der letzten Jahre um Datenschutz und „informationelle Selbstbestimmung“ das Bewußtsein vieler Bürger und auch Amtsträger verdreht hat:

Aus dem ursprünglich berechtigten und ernstzunehmenden Anliegen, jeden einzelnen Bürger vor übertriebenem und sachwidrigem Informationszugriff staatlicher Behörden zu schützen, hat sich ein schlagwortartiger Kampfbegriff entwickelt, dem oftmals jeder Realitätsbezug abhanden gekommen ist.

Die Panorama-Sendung müßte auch die hartnäckigsten Datenschutz-Gurus warnen: Wenn der Name eines Mörders an Polizei und Staatsanwaltschaft nicht mehr mitgeteilt wird unter dem Vorwand falsch verstandener Datenschutzregelungen, wird das Grundanliegen vernünftigen Datenschutzes, den Bürger zu schützen, in sein Gegenteil verkehrt: Polizei und Staatsanwaltschaft werden gehindert, den Bürger zu schützen, nämlich vor Mördern und anderen Kriminellen.

## Menetekel für Rot-Grün in Hessen

Zum Rücktritt des Frankfurter Oberbürgermeisters Hauff erklärt der 1. Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Bohl:

Herr Hauff hat offenbar völlig entnervt das Handtuch geworfen. Sein klägliches Abgang vom Amt des Frankfurter Oberbürgermeisters zeigt die innere Zerrissenheit der SPD und spricht den treuherzigen Beteuerungen von SPD und Grünen über die Stabilität rot-grüner Bündnisse Hohn.

Der Rücktritt Hauffs ist ein Menetekel

für die soeben neu begründete rot-grüne Zusammenarbeit im Lande Hessen. Wer nach Art der hessischen SPD mit wichtigen Führungspersonen umspringt, dem wird eine große Zukunft als Regierungspartei kaum beschieden sein.

Hauffs von der SPD erzwungene Demission am Tage nach dem Abschluß der rot-grünen Koalitionsverhandlungen macht überdeutlich: Das rot-grüne Bündnis in Hessen trägt vom ersten Tag an den Keim des Scheiterns in sich.

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
5300 BONN 1

**In einer schwierigen Situation haben wir die notwendigen Entscheidungen getroffen.**

Die Koalition aus CDU/CSU und FDP hat sich auf ein »Gemeinschaftswerk Aufschwung-Oste« mit einem Gesamtvolumen von 12 Mrd. DM verständigt.

Fünf Mrd. DM davon sind vorgesehen für ein Sofortprogramm zur Unterstützung kommunaler Investitionen mit hoher Beschäftigungswirkung; es geht um einen Investitionsbeitrag von rund 300 DM pro Einwohner.

## **Bundeskanzler Helmut Kohl:** **Wir zeigen** **Solidarität**



Mit diesem Geld können Landräte und Bürgermeister in einem stark vereinfachten Verfahren noch im April/Mai Aufträge vergeben, insbesondere zur Instandsetzung von Schulen, Altenheimen und Krankenhäusern. Diese Aufträge sollen vor allem dem örtlichen Handwerk und dem örtlichen Mittelstand zugute kommen.

Darüber hinaus stellt die Bundesregierung ebenfalls

im Rahmen des Gemeinschaftswerks ein Programm in Höhe von sieben Mrd. DM zur Verfügung, mit dem wir zusätzliche Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft und für den verstärkten Einsatz von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Gang setzen wollen.

Zählt man alle Leistungen des Bundes für die neuen Bundesländer von Mitte 1990 bis Ende 1991 zusammen, dann ergibt sich ein

Gesamtvolumen von 102 Mrd. DM. Diese Zahl spricht für sich selbst. Sie belegt, daß die Bundesregierung an die Grenze dessen gegangen ist, was finanz- und haushaltspolitisch noch vertretbar und möglich ist.



Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle, die Ihre Angaben an die Bundesgeschäftsstelle weiterleiten wird.

# UID

9/91

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. Vertrieb: Telefon (02 28) 544-421. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lühje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 52,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. Herstellung: VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.